

# PLENUM 2023



## In dieser Ausgabe:

### THEMA DER WOCHE:

Klimaneutrales Heizen für alle möglich machen!

### MARTINA STAMM-FIBICH:

Jahresbericht des Petitionsausschusses

### JAN PLOBNER:

Wie wir die Rechte der Fahrgäste verbessern

### GABRIELA HEINRICH:

Leitplanke für integrierte Sicherheit

### CARSTEN TRÄGER:

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen werden entlastet

## Klimaneutrales Heizen für alle möglich machen!

Die Preise für fossile Brennstoffe werden in Zukunft stark steigen. Das letzte Jahr hat gezeigt: Das stellt viele Menschen vor große Probleme. Gleichzeitig wollen wir bis 2045 klimaneutral werden. Deshalb brauchen wir die Wärmewende. Sie muss gut geplant werden – und der Umstieg für alle machbar und bezahlbar sein.

Der Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes hat in den letzten Wochen für viele Diskussionen gesorgt. Häufig wurden dabei gerade hier in Bayern von der Union und den Freien Wählern auch falsche Informationen verbreitet. Aber auch für uns gab es Punkte im Gesetzentwurf, mit denen wir nicht einverstanden waren.

**Klar ist: Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern klimaneutrales Heizen ermöglichen.** Denn die Preise für fossile Brennstoffe werden in Zukunft immer weiter steigen. Und wir wollen bis 2045 klimaneutral werden. Wir brauchen die Wärmewende beim Heizen, weil dort derzeit ein Großteil der Treibhausgasemissionen entsteht.

**Klar ist aber auch: Wenn Heizen mit fossilen Brennstoffen nicht mehr möglich ist, muss es tatsächlich für alle machbare und bezahlbare Alternativen geben.** Deshalb verzahnen wir den Umstieg auf klimafreundliches Heizen eng mit der verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung.

**Deshalb haben wir uns für die parlamentarischen Beratungen des Gebäudeenergiegesetzes auf folgende Leitplanken geeinigt:**

- Die Vorgaben zum Einbau klimafreundlicher Heizungssysteme sollen von 2024 an zunächst vor allem in Neubaugebieten gelten.
- In bestehenden Gebäuden sollen die Vorgaben erst wirksam werden, wenn eine kommunale Wärmeplanung vorliegt. In Städten über 100.000 Einwohnern soll das bis 2026 der Fall sein, in Städten zwischen 10.000 und 100.000 Einwohnern bis 2028.
- Die Förderung für neue Heizungen soll passgenau die einzelnen Bedürfnislagen und soziale Härten bis in die Mitte der Gesellschaft berücksichtigen.
- Beim Umstieg auf klimaneutrale Heizungssysteme werden alle Optionen gleichwertig behandelt. Keine klimafreundliche Wärmetechnologie darf von vornherein ausgeschlossen werden. Dazu gehören auch nachhaltige Lösungen für das Heizen mit Holz und Pellets.
- Wir werden Mieterinnen und Mieter schützen, damit sie nicht über Gebühr belastet werden. Dafür schaffen wir gezielte Investitionsanreize für Vermieterinnen und Vermieter.

**Wichtig: Anders als von der Union verbreitet, galt von Anfang an,**

**dass niemand eine funktionierende Öl- oder Gasheizung austauschen muss. Auch Reparaturen standen nie in Frage. Nur wenn ohnehin eine Heizungserneuerung ansteht, soll sie klimafreundlich erfolgen.**

Mit der kommunalen Wärmeplanung bekommen die Bürgerinnen und Bürger nun Orientierung, welche klimafreundlichen Heizungsarten in ihrem Fall zur Verfügung stehen. Solange keine Kommunale Wärmeplanung vorliegt, gelten beim Heizungstausch die Regelungen des GEG noch nicht. Es dürfen dann auch ab dem 1.1.2024 weiter Gasheizungen eingebaut werden, wenn diese auf Wasserstoff umrüstbar sind. Fernwärme gilt ebenfalls als Erfüllungsoption – und zwar sowohl der sofortige Anschluss an ein vorhandenes Netz als auch die Bereitschaft, sich an ein geplantes Wärmenetz anzuschließen.

Von Seiten des Bundes wird es eine Förderung aus dem Klima- und Transformationsfonds geben. Wir werden niemanden zu etwas verpflichten, das in der jeweiligen Lebenslage nicht leistbar ist. Die entsprechenden Förderregelungen, Übergangsfristen und Ausnahmen werden wir im parlamentarischen Verfahren überarbeiten und plausibel gestalten.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ [martina.stamm-fibich@bundestag.de](mailto:martina.stamm-fibich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 774 22

🌐 [www.stamm-fibich.de](http://www.stamm-fibich.de)

📘 [facebook.com/martina.stammfibich](https://www.facebook.com/martina.stammfibich)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Mehr Beteiligung: Dringend Modernisierung erforderlich

Petitionen „liefern wichtige Anregungen für unsere Arbeit als Abgeordnete, weil Lücken und Schwachstellen in gesetzlichen Regelungen benannt werden“, betonte die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas bei der Übergabe des Jahresberichts Petitionen 2022. Das denken auch wieder mehr Bürgerinnen und Bürger, denn es wurden deutlich mehr Petitionen (insgesamt 13.242) eingelegt als im Vorjahr.

Dauerbrenner für die Petentinnen und Petenten sind weiterhin die Bereiche Gesundheit (Kostenübernahme von Behandlungen, Corona-Maßnahmen) und Arbeit und Soziales (Inflationsanpassung, Löhne). Mehr als verdoppelt hat sich die Zahl der Petitionen, die die Außenpolitik betreffen. Bei der Vielzahl an Konflikten in der Welt nicht verwunderlich.

Mit über 250.000 Unterschriften war die „Sprach-Kita“-Petition die beliebteste Petition im Jahr 2022. Die Petition forderte die Fortführung des Bundesprogramms Sprach-Kitas. Bereits in der öffentlichen Sitzung wurde übereinstimmend festgestellt, dass die Sprach-Kitas, die zwar vom Bund gefördert werden, aber in die Zuständigkeit der Länder fallen, einen wichtigen Beitrag zur sprachlichen Entwicklung und Integration leisten. Der Ausschuss sprach sich für eine Weiterentwicklung der sprachlichen Bildung in den Kitas durch ein neues Kita-Qualitätsgesetz aus. Das Kita-Qualitätsgesetz trat dann 2023 in Kraft.



Die Ausschussvorsitzende Martina Stamm-Fibich übergibt Bundestagspräsidentin Bärbel Bas den Jahresbericht des Petitionsausschusses.

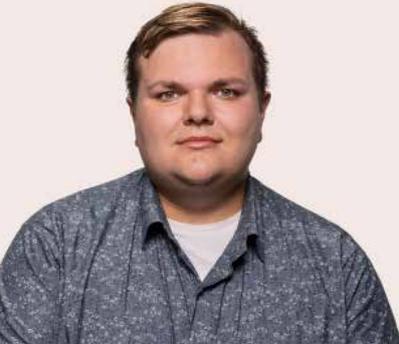
Foto: Leon Kügeler

Aber auch im Kleinen wirkt der Petitionsausschuss. So konnten wir einer Petentin mit einem Gründungszuschuss zur Selbstständigkeit verhelfen, einer Petentin ihre Rentennachzahlung von über 13.000 Euro zukommen lassen und einer anderen Petentin wurde eine onkologische Rehabilitation bewilligt.

Mehr Petitionen und immer höhere Ansprüche der Petentinnen und Petenten, das merke ich als Vorsitzende des Petitionsausschusses deutlich. Das liegt bei manchen an einem sonderbaren Staatsverständnis (Staat als Dienstleister). Größtenteils liegt es aber daran, dass unser Petitionswesen einfach nicht mehr auf der Höhe

der Zeit ist, die Bürgerinnen und Bürger aber schon. Es dauert viel zu lange, bis eine Petition entschieden wird. Petentinnen und Petenten können nicht ohne größeren Aufwand in Erfahrung bringen, welchen Stand ihre Petition hat. Wir schicken sogar noch immer Aktenordner herum. Die letzte Reform ist schon über 15 Jahre her. Wir als Regierungskoalition werden dieses Jahr unsere Pläne vorstellen, Petitionen und unsere Entscheidungen schneller, transparenter und verständlicher zu machen.

[Ein ausführliches Interview zum Jahresbericht finden Sie in der Mediathek des Deutschen Bundestag](#)



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ [jan.plobner@bundestag.de](mailto:jan.plobner@bundestag.de)

☎ 030 - 227 71 577

🌐 [www.jan-plobner.de](http://www.jan-plobner.de)

📘 [facebook.com/janplobner.5](https://facebook.com/janplobner.5)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Wie wir die Rechte der Fahrgäste verbessern

## Das Allgemeine Eisenbahngesetz (AEG) wird angepasst.

Wir sind beim Thema Fahrgastrechte mit einer Anpassung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes einen guten Schritt vorangekommen. Hierzu konnte ich letzte Woche auch eine Rede über die zentralen Änderungen halten. An dieser Stelle möchte ich über die wichtigsten Punkte auch noch mal berichten. Im Kern gibt es zwei zentrale Neuerungen:

Zum einen die Verpflichtung für Eisenbahnunternehmen, Erstattungs- und Entschädigungsanträge auch elektronisch anzubieten. Das heißt Tschüss zum Ausdrucken von langen Entschädigungsanträgen und Hallo zum einfachen Klick per App. So stelle ich mir Digitalisierung in der Praxis vor. Eine kleine Maßnahme, die aber in der Realität vieler Menschen eine große Wirkung hat.

Zum anderen haben wir die Verpflichtung zur Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für mobilitätseingeschränkte Menschen festgeschrieben. Was bisher freiwillige Absprachen zwischen Verkehrsunternehmen und Bahnhofsbetreiber\*innen sind, wird dadurch Rechtssicherheit für alle Betroffenen.

Das bedeutet, dass Betroffene, die eine etwas längere Reise planen, nicht bei jeder einzelnen Station nachfragen müssen, ob und wie diese barrierefrei ausgebaut sind, ob ein Hublift vorhanden oder das Servicepersonal

nach 21 Uhr noch im Dienst ist. Sie bekommen alle Informationen gesammelt bei einer Stelle. So wird die Reise von Mobilitätseingeschränkten endlich auch als Ganzes betrachtet und nicht nur einzelne Teilabschnitte. Ein Verantwortungspingpong zwischen den verschiedenen Unternehmen und Betreiber\*innen wird es dann ebenfalls nicht mehr geben.

Darüber hinaus haben wir als Ampelkoalition die Gunst der Stunde genutzt, um gerade beim Thema Barrierefreiheit noch einen drauf zu setzen. So haben wir festgeschrieben, dass die Eisenbahnverkehrsunternehmen die Informationen, die sie an die zentrale Anlaufstelle weitergeben, auch der Allgemeinheit zur Verfügung stellen und diese auf ihren Webseiten veröffentlichten sollen. Das ist ein wichtiger Schritt, dass sich Menschen mit Behinderungen ohne großen Aufwand eigenständig über die Beschaffenheit der Bahnhöfe und ihrer Ausstattungen informieren können.

Zudem haben wir die Evaluierung der zentralen Anlaufstelle für Personen mit Behinderungen und eingeschränkter Mobilität auf das Jahr 2027 vorverlegt, um frühzeitig zu erfahren, wo diese vielleicht noch Unterstützung benötigt. Hier sind wir gerade auf die Hilfe und das Feedback von Betroffenen angewiesen. Diese müssen aber auch Mitsprache haben und auch



**MdB Jan Plobner freut sich über die Fortschritte im AEG** Foto: Michael Schober

gehört werden, damit dass nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt. Alles in allem haben wir mit einer vermeidlich kleinen Anpassung ein großes Paket mit vielen Einzelmaßnahmen zusammengeschnürt, das einen großen Unterschied für viele Menschen in ihrer alltäglichen Mobilität macht.

Das heißt aber natürlich nicht, dass wir damit am Ende des Weges sind. Es gibt noch viel zu tun und ich freue mich besonders auf die wichtigen Impulse der Betroffenenvertretungen für die weiteren Maßnahmen. Lasst uns gemeinsam weiterarbeiten, damit wir Deutschland endlich vollständig barrierefrei bekommen!



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Leitplanke für integrierte Sicherheit

**Mir wäre es lieber, wir bräuchten so etwas nicht. Aber der Ukraine-Krieg und andere Bedrohungen (virtuell und real) haben eine Nationale Sicherheitsstrategie notwendig gemacht. Der Kanzler und die beteiligten Minister\_innen haben diese Leitlinien jetzt vorgestellt. Was steht drin?**

Es ist die erste Nationale Sicherheitsstrategie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Ziel war es, dass alle sicherheitsrelevanten Fragen grundsätzlich und zielgerichtet gebündelt werden. Das hatte die Ampel im Koalitionsvertrag vereinbart, und das haben wir jetzt umgesetzt.

Die Bedrohungen von innen und von außen wachsen: Erstarken rechtsextremer Gruppen, Cyberangriffe aus Russland, Naturkatastrophen, um hier nur drei zu nennen. Die Nationale Sicherheitsstrategie ist ein Konzept, die Bedrohungen abzuschwächen und im Falle einer Krise besser und schneller reagieren zu können. Der Kanzler hat gesagt, hier gehe es um die gesamte Palette von Sicherheit. Somit deckt die Nationale Sicherheitsstrategie nicht nur Polizei, Feuerwehr, THW und Cyber-Sicherheit ab.

Sie verzahnt alles das auch mit äußerer Sicherheit, natürlich mit Militär und Diplomatie, aber auch mit Entwicklungszusammenarbeit und dem Schutz der Lieferketten. Wirklich wirksam ist es nur, wenn alle Mittel und

Instrumente ineinandergreifen. „Integrierte Sicherheit“ ist das Schlagwort.

Diese Herangehensweise halte ich für sehr zielführend. Denn die Bedrohungen sind ja auch ineinander verzahnt. Zum Beispiel ist Desinformation aus Russland eine Bedrohung von außen. Wenn diese Propaganda aber hierzulande auf fruchtbaren Boden fällt und Menschen die Narrative des

**"Ohne  
Sicherheit  
keine Freiheit,  
keine  
Stabilität und  
auch kein  
Wohlstand"**

*Bundeskanzler Olaf Scholz*

Kremls glauben, besteht das Risiko der (rechtsextremen) Radikalisierung von Gruppen. Womit wir es wiederum mit einer Bedrohung von innen zu tun haben, wie die Aushebung der umstürzlerischen Reichsbürger erst vor kurzem deutlich machte.

Als Risiken für unsere Sicherheit hätte man noch vor ein paar Jahren wahrscheinlich die üblichen Akteure wie

autoritäre Staaten, Terroristen, Extremisten usw. aufgezählt. Das ist nicht mehr zeitgemäß, denn auch die Klimakrise bedroht unsere Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen. Damit meine ich auch, aber nicht nur solche Katastrophen wie im Ahrtal. Weltweit beobachten wir Ressourcenkämpfe, Ausbreitung von Wüsten, Starkregen, Dürren. Alles das hat sicherheitspolitisch relevante Folgen. Beispiel: Junge Männer im Sahel sehen womöglich gar keine andere Perspektive für ihr Leben, als sich einer Terrormiliz anzuschließen. Daher enthält die Nationale Sicherheitsstrategie auch das Bekenntnis, dass wir globale Gerechtigkeit als einen integralen Bestandteil von Frieden und Sicherheit ansehen.

In einem Statement für die SPD-Bundestagsfraktion habe ich gesagt: „Sicherheit bedeutet nicht automatisch Gegnerschaft zu anderen, sondern heißt für uns vor allem, mit anderen Ländern auf Basis unserer Werte und Interessen zusammenzuarbeiten.“ Das fällt mit unseren Freunden in Europa und jenseits des Atlantiks leicht. Allerdings gibt es auch schwierige Länder. China zum Beispiel, für das derzeit sogar eine eigene Strategie erarbeitet wird.

In der nächsten Zeit muss es darum gehen, die Strategie weiter zu konkretisieren. Wenn nötig, muss sie in Gesetze überführt werden. Der Bundestag wird sich also noch länger damit befassen.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://facebook.com/carstentraegermdb)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Pflegebedürftige und ihre Angehörigen werden entlastet

Im Mai haben wir im Bundestag eine Reform der Pflegeversicherung beschlossen. Ziel war, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zu entlasten und die Pflegeversicherung finanziell zu stabilisieren. Nun hat der Bundesrat zugestimmt, die Reform kann in Kraft treten. Damit setzen wir auch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts um.

## Höhere Leistungen in der häuslichen und stationären Pflege

Zum 1. Januar 2024 werden das Pflegegeld und die ambulanten Sachleistungen um fünf Prozent angehoben. Zum Jahresbeginn 2025 und 2028 werden die Geld- und Sachleistungen regelhaft und in Anlehnung an die Preisentwicklung dynamisiert. Das Pflegeunterstützungsgeld für Menschen, die wegen der Pflegebedürftigkeit eines Verwandten vorübergehend nicht arbeiten können, kann künftig pro Kalenderjahr für bis zu zehn Arbeitstage je Pflegefall in Anspruch genommen werden und nicht nur einmalig. Gestaffelt angehoben werden mit Jahresbeginn 2024 auch die Zuschläge der Pflegekassen an die Pflegebedürftigen in vollstationären Pflegeeinrichtungen. Je länger die Verweildauer im Heim, umso höher der Zuschlag.

## Neues Entlastungsbudget für Angehörige ab 2024/25

Im parlamentarischen Verfahren haben wir durchgesetzt, dass Kurzzeit- und Verhinderungspflege zu einem flexibel nutzbaren Gesamtbetrag zusammengeführt werden: Dem Entlastungsbudget. Damit können Angehörige die Pflege organisieren, wenn sie selbst krank sind oder Urlaub ma-



ANDREA PIACQUADIO / PEXELS.COM

chen. Ab dem 1. Juli 2025 können die Leistungen im neuen Gesamtumfang von 3.539 Euro flexibel kombiniert werden. Für Eltern pflegebedürftiger Kinder mit Pflegegrad 4 oder 5 steht das Entlastungsbudget schon ab dem 1. Januar 2024 in Höhe von 3.386 Euro zur Verfügung und steigt bis Juli 2025 auf ebenfalls 3.539 Euro an.

## Zusätzliche Entlastung für kinderreiche Familien

Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass Eltern kinderreicher Familien bei den Beiträgen der Pflegeversicherung entlastet werden müssen. Dazu wird der Kinderlosen-Zuschlag angehoben. Zugleich wird der Beitrag ab zwei Kindern bis zum 25. Lebensjahr um 0,25 Punkte je Kind bis zum fünften Kind abgesenkt. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, zahlen die Eltern wieder dauerhaft 3,4 Prozent – und damit weniger als Kinderlose, für die der Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten gilt.

## Solide Finanzierung der Pflegeversicherung

Um diese höheren Leistungen zu finanzieren und die Pflegeversicherung angesichts der demographischen Entwicklung gut aufzustellen, mussten wir auch für eine solide Finanzierung sorgen. Der Beitragssatz steigt deshalb ab Juli 2023 – wie im Koalitionsvertrag angekündigt – von derzeit 3,05 auf 3,4 Prozent des Bruttolohns.

## AUCH DIE RENTEN STEIGEN DIESES JAHR WIEDER DEUTLICH

Der Bundesrat stimmte auch unserer Rentenerhöhung zum 1. Juli zu. Für rund 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner gibt es das zweite Jahr in Folge eine deutliche Erhöhung. Die Altersbezüge steigen im Westen um 4,39 Prozent und im Osten um 5,86 Prozent. Damit erreichen wir auch die Rentenangleichung Ost ein Jahr früher als gesetzlich vorgesehen.